



Regierungsratsbeschluss vom 20. Oktober 2026

Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Sicherheitslage für queere Menschen in Basel-Stadt nach dem islamistischen Terroranschlag auf den Berliner CSD

P265315

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Regierungsrat verurteilt den Anschlag auf den Berliner CSD aufs Schärfste. Der Anschlag stellt ein Angriff auf die Grundsätze der Freiheit und der Gleichberechtigung dar, auf denen unsere offene Gesellschaft beruht. Zur Prävention und Bekämpfung extremistisch motivierter queerfeindlicher Gewalt setzt der Kanton auf den behördenübergreifenden Austausch: kantonsintern in der Interdepartementalen Strategiegruppe Extremismus und Radikalisierung und über die Kantonsgrenze hinaus im nachrichtendienstlichen und polizeilichen Verbund. Hinzu kommt das Kantonale Bedrohungsmanagement, das dazu beiträgt, Gefährdungen durch Einzelpersonen frühzeitig zu erkennen und zu entschärfen. Queerfeindlichkeit im Alltag begegnet der Kanton mit Präventionsarbeit, der Förderung der Gleichstellung und der Unterstützung Betroffener durch die Opferhilfe beider Basel. Der Regierungsrat setzt sich dafür ein, dass alle Menschen in Basel-Stadt frei, sichtbar und ohne Angst leben können.

